

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 93 (2013)
Heft: 1005

Artikel: "Ich habe etwas gegen Ismen..."
Autor: Scheu, René / Borner, Silvio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ich habe etwas gegen Ismen...»

Das richtige Wachstum? Der vollkommene Markt? Der gute Mensch?

Silvio Borner ist allergisch gegen Vereinfachungen. Gegen Moden. Und gegen Besserwisser. Begegnung mit einem unerschrockenen Schweizer Ökonomen.

René Scheu trifft Silvio Borner

Herr Borner, Sie haben an mehreren Gesprächen Anstoss genommen, die wir mit profilierten Ökonomen geführt haben. In einem Brief an mich sprechen Sie gar von wirren Thesen, die der Senkrechtstarter Tomáš Sedláček vertrat. Ich halte Sedláček für einen klaren Denker...

...der Senkrechtstart scheint mir vor allem ein medialer zu sein. Inhaltlich sind es einfach seltsame Ausschweifungen, die Herr Sedláček zum besten gibt...

... Sedláček nennt die dominanten ökonomischen Theorien Voodoo-Ökonomie. Seine These ist glasklar: Die Ökonomik hat die wirtschaftliche Wirklichkeit in Modellen abgebildet, die immer weniger mit der Wirklichkeit zu tun hatten. Sie wurde selbstreferentiell – und am Ende in den Jahren 2007 ff. von der Realität eingeholt...

...das ist mir viel zu philosophisch. Welches Problem liegt der Krise zugrunde?

Sind Schulden per se eine Schuld, also eine Ausgeburt des Bösen? Nein, sind sie nicht.

... Lassen Sie uns hier beginnen. Sind Schulden per se eine Schuld, wie Sedláček meint, also eine Ausgeburt des Bösen? Nein, sind sie nicht. Lassen wir den Staat erst mal beiseite und gehen vom einzelnen handelnden Menschen aus. Es gibt viele gute Gründe für einen Haushalt, sich zu verschulden. Das hat nichts mit Moral, aber viel mit Rationalität zu tun. Wenn wir jung sind, brauchen wir Geld, um in die Ausbildung, in ein Haus oder in die eigene Firma zu investieren – und später zahlen wir diese Schulden zurück. Nur so kann sich der einzelne optimal entfalten. Oder wollen sie bis 60 sparen und dann noch in ihr Humankapital investieren? Dabei ist klar: wer die Schulden wider Erwarten nicht zurückzahlen kann, haftet mit seinem persönlichen Vermögen und bekommt die Folgen seines Versäumnisses am eigenen Leib zu spüren. Und umgekehrt: wer Geld verleiht, will dafür eine Sicherheit, das Haus oder künftige Erträge aus der Geschäftstätig-

Silvio Borner

ist emeritierter Professor für politische Ökonomie an der Universität Basel und Autor von «Ungesunder Menschenverstand: Einsichten eines liberalen Ökonomen» (2011), «Crash» (2010) und «Wohlstand ohne Wachstum. Eine Schweizer Illusion» (2004).

keit. Hat er keine Sicherheit, steht er im Worst Case mit leeren Händen da. Solange diese Koppelung von Entscheid des Schuldenmachens bzw. Kreditverleihens und Haftung für die gemachten Schulden bzw. für den verliehenen Kredit gegeben ist, sehe ich kein Problem. Ganz im Gegenteil. Schuldner und Gläubiger profitieren gleichermaßen.

Ich habe zu Hause gelernt: Schulden machen abhängig. Investiere darum nur, was du zuvor gespart hast.

Das ist schön und gut. Wer aber nichts mit auf den Weg bekommt und keine Schulden machen darf, wie soll der etwas zustande bringen? Keine Frage: Schulden können abhängig machen – aber sie können eben auch befreiend wirken. Das kommt auf die Umstände an. Deshalb brauchen wir Finanzmärkte. Sie regeln Angebot und Nachfrage von Kredit. Sie sind für das Funktionieren einer Volkswirtschaft unerlässlich. Den dogmatischen Finanzmarktkritikern fehlt es schlicht an Phantasie. Die Welt verändert sich rasend schnell. Aber ohne hochdifferenzierte Finanzmärkte erstickt die Innovation im Keime. Innovationen kosten extrem viel Geld, und wenn man es Investoren künstlich erschwert, riskante Geschäfte zu tätigen, also Geld zu verdienen oder Geld zu verlieren, ist wirtschaftliche Stagnation die Folge. Stagnation ist übrigens nicht das Paradies, von dem die Wachstumskritiker träumen, sondern die Hölle, vor der sich Demokraten fürchten, weil es immer weniger zu verteilen gibt. Auch hier gilt: die Koppelung zwischen Risiko und Rendite, zwischen Gewinn und Verlust ist entscheidend. Sie garantiert Eigenverantwortung. Wer gewinnen will, kann auch verlieren.

Wunderbar. Sie bieten hier eine Verteidigung des klassischen Kapitalismus.

Ich habe etwas gegen Ismen. Was ich sage, sind ja Banalitäten. Der Punkt ist doch: nun beginnen auch noch mediengeile Ökonomen

dem Zeitgeist nachzurrennen, weil sie vor allem bei den Nichtökonomischen Anerkennung suchen und finden...

...weil die traditionellen Ökonomen mit ihren Prognosen danebenlagen.

Klar, viele lagen daneben. Und warum? Weil sie den Markt als goldenes Kalb verehrten und die politische Ökonomie vergassen. Es gibt weder einen perfekten noch einen unpolitischen Markt. Der Markt ist genauso unvollkommen wie der Mensch. Aber er ist die einzige Institution, die wir kennen, um Angebot und Nachfrage zu regeln. Dabei kommt es immer wieder zu Fehlentwicklungen oder Übertreibungen, die aber immer auch politische Ursachen haben. Nichts anderes sind die sogenannten spekulativen Blasen. Es gibt immer wieder Investoren, die Gewinn machen, und andere, die Geld verlieren; es gibt Firmen, die wachsen, und andere, die untergehen. So ist das nun mal. Dass Blasen dazugehören – und wenn Preise steigen, ist es ja nur rational, auf steigende Preise zu setzen –, haben mir meine Lehrer James Tobin und Charles Kindleberger schon vor 50 Jahren erzählt. Jeder muss einfach wissen: Den letzten beißen die Hunde. Wer den Leuten hingegen erzählt, es sei möglich, ein absolut stabiles Finanzsystem zu haben, das zugleich wunderbar innovativ ist, muss ein Scharlatan sein. Sie können ein stabiles System haben – die Sowjetunion war so ein System. Aber wollen Sie das wirklich?

Wer ans irdische Paradies glaubt, ist selber schuld.

Klar. Aber jene, die das glaubten und viel Geld verloren, versuchen, ihre Verluste auf die Allgemeinheit zu überwälzen.

Wen meinen Sie?

Die Banken, aber vor allem die für die öffentlichen Schulden verantwortlichen Politiker. Denn private Schuldner haften mit ihrem privaten Eigentum. Aber Politiker nehmen die Steuerzahler von morgen in Haft. Da die zukünftigen Steuergesetze noch unbekannt sind, wissen die ungeborenen Generationen noch nichts von ihrem Unglück. Die Eigentümer der Staatsschuldentitel sind bekannt, aber diejenigen, welche die Schuld verzinsen und amortisieren sollen, nicht. Wie sollen sie sich da wehren?

Gehen wir der Reihe nach. Ihre These ist also: ohne Finanzmarkt keine Schulden, ohne Schulden keine Investitionen, ohne Investitionen keine Innovation. Und der Preis dafür sind die Blasen und die daraus folgenden Krisen.

So ist es. Sind denn Blasen oder Krisen etwas, das wir um jeden Preis verhindern sollten? Nein, die einen gewinnen, die anderen verlieren, die Symmetrie ist gewahrt. Aber das Beste kommt noch: Die Allgemeinheit profitiert langfristig selbst von den meisten Blasen.

Wie kommen Sie darauf?

Innovationen lassen sich nicht voraussagen. Es kommt stets anders, als wir Menschen denken. Der Grund ist einfach: Das Wissen, das es für Innovationen braucht, ist dezentral verteilt. Ver-

(Selbst-)Demontage des Finanzplatzes Schweiz II

Hans Geiger

Wie alles begann...

Am Anfang der Selbstdemontage des Finanzplatzes Schweiz steht paradoxerweise eine geglückte Aktion: die Rettung der UBS durch den Staat vor sechs Jahren. Seither gibt Bundesbern den Ton an. Doch Erfolg macht blind. Bern hat seither manchen Flop gebaut.

Wir erinnern uns: Im Frühjahr 2007 zählte sich die UBS in ihrem Geschäftsbericht «zu den bestkapitalisierten Finanzinstituten der Welt». Kurz darauf verlor sie ihren Konzernchef und am 1. Oktober die ersten vier Milliarden Franken. Ein Jahr und 40 Milliarden Franken Verlust später rettete sich die Bank mit einer zweiten Rekapitalisierung am Markt über die Runde, gleichzeitig verlor sie ihren Verwaltungsratspräsidenten. Nach dem Konkurs der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 drohte der UBS der Absturz, da sie keine Investoren für einen weiteren, notwendigen Kapitaleinschuss mehr fand. Die Krise kulminierte am 16. Oktober 2008 im «Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzsystems». Die UBS erhielt vom Bund eine Kapitalspritze von 6 Milliarden Franken, die Schweizerische Nationalbank (SNB) erklärte sich bereit, für bis zu 60 Milliarden Franken Schrottpapiere der Bank zu übernehmen.

Zuerst die gute Nachricht: die durch Bankenaufsicht (EBK), SNB und Finanzdepartement gemeinsam vorbereitete und klug durchgeführte Rettung der UBS war eine Spitzenleistung. Kein anderes Land hat die Krise so gut gemeistert. Das Retter-Trio hat nicht nur die Lage stabilisiert, sondern auch gleichzeitig den zwei Grossbanken strengere Vorschriften auferlegt, die andere Länder noch heute nicht erreicht haben. Die Eidgenossenschaft hat auf dem UBS-Engagement einen Milliardengewinn erzielt, und die SNB wird ihre Hilfsaktion wohl auch mit einem stattlichen Überschuss abschliessen können.

Also alles gut?

Nun die schlechte Nachricht: die Schweizer Bürger haben keine schweizerische Bank gerettet, sondern eine globale Bank mit Hauptsitz und damit Oberaufseher in der Schweiz. Die Mehrzahl der Aktionäre, Angestellten und Kunden lebten im Ausland, die Geschäftsleitungsmitglieder waren mehrheitlich Ausländer. 89 Prozent des Vermögens waren ausserhalb der Schweiz investiert, mehr als die Hälfte der Erträge fielen jenseits der Landesgrenze an. Und es kam noch schlimmer. Fortsetzung folgt.

Hans Geiger ist emeritierter Professor am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich. Von 1970 bis 1996 war er tätig bei der SKA, der heutigen Credit Suisse.

schiedene Marktteilnehmer konkurrieren um Erfindungen, der Wettbewerb verhilft den besten zum Durchbruch – wobei die Innovationen nicht den Vorstellungen der Professoren oder Bürokraten entsprechen, sondern denen der Konsumenten. Innovationen kosten eine Menge Geld. Und Blasen sind ja nichts anderes als riesige Investitionswettläufe. Manchmal braucht es eben sehr hohe Investitionen, um wichtige technologische Erfindungen möglich zu machen. Unsere heutige digitale Welt würde ohne die Dotcom-Blase anders aussehen. Wer damals sein Vermögen verloren hat, hat damit – ungewollt natürlich – Innovation gefördert; dank der IT-Blase haben wir heute Yahoo und Google. Hören wir also endlich auf, von einer stets stabilen, gleichmässig verlaufenden, immer schöneren und besseren Welt zu träumen, in der alle zu den Gewinnern zählen. Und in der es keine Risiken gibt.

Zu den Gewinnern zählen heute Geschäftsbanken, die Gratisgeld von den Zentralbanken bekommen – und damit spekulieren können, zum Beispiel auf steigende Preise von staatlichen Schuldpapieren. Ich hätte auch gerne Gratisgeld, bekomme aber keines.

Die Politik des billigen Geldes ist in der Tat verheerend. Die Geschäftsbanken spekulieren mit Geld, das ihnen nicht gehört, und wenn sie wanken, eilt ihnen Vater Staat zu Hilfe. Statt mehr Regulierung bräuchten wir einen Staat, der die Banken in einem freien Markt wirtschaften liesse. Somit wären sie gezwungen, ihre Eigenkapitalbasis zu erhöhen. Einer Bank mit 5 Prozent Eigenkapital leiht kein vernünftiger Mensch sein Geld – oder bloss zu

horrenden Zinsen. Aber solange der Staat die Banken mit Hilfe schöner Regulierungen privilegiert, damit sie seine wertlosen Staatsanleihen kaufen, brauchen sie sich nicht zu bewegen – das System funktioniert für sie perfekt.

Innovationen kosten eine Menge Geld. Und Blasen sind ja nichts anderes als riesige Investitionswettläufe.

Die Politik des billigen Geldes begünstigt Blasen, deren Platzen eine ganze Volkswirtschaft verwüsten kann. Und sie schafft eine Asymmetrie von Entscheidung und Haftung: Die einen profitieren, die anderen bezahlen.

So ist es in der Tat. Und hier stossen wir zum Kern des Problems vor: Problematisch ist nicht das Schuldenmachen an sich, sondern die Asymmetrie. Wenn Politiker heute Geld ausgeben, brauchen sie später nicht für die Schuldenwirtschaft geradestehen.

Das müssen Manager in grossen Firmen auch nicht.

Stimmt. Dort haften die Aktionäre – die können ihr ganzes Geld verlieren, wenn ein Unternehmen bankrottgeht. Es liegt an den Aktionären, die Governance so auszugestalten, dass die Manager sie nicht bestehen.

Sie bekommen vielleicht weniger Bonus, doch haften sie nicht mit ihrem Vermögen.

Indirekt tun sie das, weil sie ihren Job verlieren können. Aber es stimmt: je stärker Entscheidung und Haftung gekoppelt sind, desto effizienter und ehrlicher funktionieren Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Politik funktioniert aber nicht nach diesem Prinzip. Täte sie dies, fände man niemanden mehr, der sich um die res publica kümmert.

Hier stossen wir in der Tat auf ein strukturelles Problem unserer Demokratien. Die Politiker schlagen sich auf die Seite der Mehrheit oder der gut organisierten Minderheiten. Zuerst bezahlen wenige für viele – in der Schweiz bezahlen nur noch 47 Prozent der Bürger direkte Bundessteuern! Und am Ende bezahlen die Ungeborenen für die Lebenden. Darum braucht es eine Haftung auch für Politiker – Versprechungen mit Geld anderer zu finanzieren, reicht nicht. Aber vor allem, da es ja die Bürger sind, die die Politiker wählen, die mit blossen Versprechungen hantieren: es braucht klare Regeln für die Abwicklung eines Staatsbankrotts. Am Ende sind es die Bürger, die den Preis für illusionäres Wirtschaften bezahlen – durch Enteignung und Verarmung. Das müssen sie wissen. Es gibt keinen anonymen Dritten, der am Ende für die Rechnung aufkommt. Wenn sie sich dessen bewusst sind, überlegen sie sich zweimal, wem sie ihre Stimme geben.

Verstehe ich Sie richtig – die ökonomische Zunft ist also nicht in der Krise?

Die Rede von der Krise der ökonomischen Zunft verschleiert, was uns noch lange beschäftigen wird: die Krise der Politik. Und Herrn Sedláček empfehle ich, die moderne Literatur in der politischen Ökonomie zur Kenntnis zu nehmen. ◀